



## Antrag

der Fraktion SPD

### **Aktive Unterstützung für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein**

zu TOP 37, Drucksache 17/1190

Der Landtag wolle beschließen:

Eine Gesellschaft von aktiven Bürgerinnen und Bürgern ist für dieses Land unverzichtbar. Das bürgerschaftliche Engagement macht Städte und Gemeinden erst zu attraktiven Lebens- und Wohnräumen. Die ehrenamtliche Arbeit der vielen Menschen in Schleswig-Holstein in den Bereichen Soziales und Gesundheit, Sport, Kultur, Kirche, Umweltschutz, Katastrophenschutz, Kommunalpolitik und Justiz stellt für das Zusammenleben der Menschen einen immer wichtigeren Wert in unserer Gesellschaft dar, da auch in immer stärkeren Maße Aufgaben übernommen werden, die für ein funktionierendes Gemeinwesen von elementarer Bedeutung sind. Dabei darf Ehrenamtlichkeit hauptamtliche Aufgaben nicht ersetzen.

Dieser hohen Bedeutung des Ehrenamtes muss auch eine entsprechende Anerkennung und Förderung gegenüberstehen. Im gleichen Maße, wie die Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft steigt, müssen auch die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt und die ehrenamtlich Tätigen verbessert und attraktiver gestaltet werden.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, folgende Punkte umzusetzen bzw. auf deren Umsetzung hinzuwirken:

- Viele Jugendliche sind ehrenamtlich in Vereinen und anderen Gruppen aktiv. Bereits in den Schulen muss dieses Engagement gefördert und durch die Lehrplangestaltung ermöglicht werden.
- Die Arbeit im Rahmen der Jugendfreiwilligendienste muss gesichert und aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht ausgeweitet werden. Die Träger dieser Maßnahmen müssen auch weiterhin angemessen unterstützt werden.

- Die Anerkennung für das Ehrenamt darf sich nicht auf Danksagungen und Grußworte beschränken. Freiwilliger Einsatz muss benannt und belohnt werden. Ehrenamtliches Engagement ist häufig ein Zeichen von Verantwortungsbereitschaft, Organisations- und Teamfähigkeit. Dieses muss bei Beurteilungen und Zeugnissen aber auch bei Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen stärker berücksichtigt werden. Die Landesregierung ist aufgefordert, dieses in den Einstellungs- und Beförderungsbedingungen sowie Beurteilungsrichtlinien im Öffentlichen Dienst umzusetzen.
- Der steuerliche Freibetrag für Aufwandsentschädigungen ist zu erhöhen.
- Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit, braucht personelle Unterstützung und Anlaufstellen. Das setzt eine ausreichende Finanzierung voraus. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt daher den Erhalt und den Ausbau der Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen, indem bestehende und gewachsene Infrastrukturen vorrangig gefördert werden.
- Vielfältige Formen der Prävention in den Feldern Gesundheit, Gewalt und Kriminalität werden durch den Breitensport nachhaltig sichergestellt. Sport erfüllt damit auch einen Bildungsauftrag. Daher fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, für die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen wirksame Initiativen weiter zu entwickeln.
- Das Engagement im Katastrophenschutz, insbesondere in den vielen freiwilligen Feuerwehren und die im bundesweiten Vergleich herausragende Zahl an Jugendfeuerwehren zeigen den großen Einsatz in diesem ganz persönlichen und aufwendigen Dienst am Mitmenschen. Nur so kann der Brandschutz in Schleswig-Holstein überhaupt sichergestellt werden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene ebenso wie im Land für den Erhalt einer ausreichenden und stetigen Finanzierung der Feuerwehren einzusetzen. Des Weiteren ist die Bereitschaft für eine ausreichende Freistellung der Feuerwehrangehörigen durch die Arbeitgeber dadurch zu gewährleisten, dass Erstattungsansprüche zügig bearbeitet und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden. Die Landesregierung wird aufgefordert mit den Verbänden der Wirtschaft in Schleswig-Holstein eine Vereinbarung zu schließen, in der sich die Unternehmen verpflichten, ehrenamtliche Feuerwehrleute nicht wegen ihres Freiwilligendienstes bei Bewerbungen unberücksichtigt zu lassen. Betriebe, die durch den Landesfeuerwehrverband als „Partner der Feuerwehr“ ausgezeichnet wurden, sollten bei Vergabeverfahren, die keine formelle Ausschreibung voraussetzen, bei gleichem Leistungs- und Preisprofil vorrangig berücksichtigt werden.

Das Jahr 2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. Die Landesregierung ist aufgefordert sich auf allen Ebenen daran zu beteiligen und Aktivitäten auf Landesebene zu entwickeln. Dabei sollen die Finanzierungsmöglichkeiten der Europäischen Union sinnvoll eingesetzt und genutzt werden.

Andreas Beran  
und Fraktion